E&M daily
DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

351,48 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

84,11 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

186

Unternehmen fordern in einem Appell an die Bundesregierung eine Kurskorrektur beim Klimaschutz.

STUDIEN
Biomethan reicht regional nicht für den Bedarf

STROM
Dunkelflaute bringt Strom-Spot auf Ein-Jahres-Hoch

GASNETZ
Zukunft für kommunale Gasnetze vielerorts ungewiss

Inhalt

TOP-THEMA
→ **VERANSTALTUNG:** Bundesregierung will Energiewende stärker am Markt ausrichten

POLITIK & RECHT
→ **STUDIEN:** Biomethan reicht regional nicht für den Bedarf
→ **KLIMASCHUTZ:** Wärmewende braucht mehr Gemeinschaft
→ **POLITIK:** BEE warnt vor Förderlücke durch fehlende Gesetze
→ **WASSERSTOFF:** Deutschland fördert drei dänische Wasserstoffprojekte
→ **KLIMASCHUTZ:** Klimagipfel ohne Merz
→ **WÄRME:** Wenn die Förderung den Kaufpreis übersteigt
→ **KOHLEKRAFTWERKE:** Energieökonomen warnen vor Stromengpässen in NRW

HANDEL & MARKT
→ **STROM:** Dunkelflaute bringt Strom-Spot auf Ein-Jahres-Hoch
→ **REGENERATIVE:** EEG-Konto verliert 815 Millionen Euro
→ **KLIMA:** DNV erwartet starken Anstieg des Strombedarfs für Kühlung

TECHNIK
→ **WASSERSTOFFTECHNIK:** Kawasaki-Turbine geht in Lingen in den Testbetrieb
→ **STROMNETZ:** „SSSC“ soll Stromstaus in der Schweiz verhindern

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN

→ **GASNETZ:** Zukunft für kommunale Gasnetze vielerorts ungewiss
→ **POLITIK:** 186 Unternehmen fordern Kurskorrektur beim Klimaschutz
→ **PERSONALIE:** Neue Vorständin für Stadtwerke Düsseldorf

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Mehr Wind in Sicht drückt Strompreise

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**
→ **STELLENANZEIGEN**
→ **REDAKTION**
→ **IMPRESSUM**

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

★ TOP-THEMA

Bundesregierung will Energiewende stärker am Markt ausrichten



Bundesverkehrsminister Steffen Bilger auf dem Dena-Kongress. Quelle: Susanne Harmsen

VERANSTALTUNG. Beim Dena-Kongress in Berlin kündigt das Bundeswirtschaftsministerium eine stärkere Marktorientierung der Energiewende an. Infrastrukturen dafür sollen beschleunigt ausgebaut werden.

Die Bundesregierung will die Instrumente der Energiewende neu ausrichten und stärker auf Marktmechanismen setzen. „Weniger Vorgabe, mehr Markt“ sei das Ziel, sagte Frank Wetzel, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium (BMWE). Er sprach beim Kongress der Deutschen Energieagentur (Dena) am 9. und 10. November in Berlin. An der Klimaneutralität halte die Bundesregierung fest.

Zugleich müsse sie eine Balance zwischen staatlichen Vorgaben, unternehmerischer Freiheit, Planungssicherheit und Sozialverträglichkeit schaffen. Wetzel warnte vor einem unkoordinierten Zusammenspiel, es gelte: „Dissonanzen der Instrumente im Orchester der Energiewende vermeiden“. Eine zentrale Herausforderung bleibe die Wärme- und Gebäudewende.

Bundesregierung bereitet Bioenergietreppe vor

Im geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) müsse die sogenannte Bioenergietreppe umgesetzt werden. „Das Gesetz zur Erfüllung der Quote befindet sich in der Vorbereitung“, kündigte Wetzel an. Zugleich wolle die Bundesregierung öffentliche Mittel stärker einsetzen, um privates Kapital zu mobilisieren. Als Beispiel nannte er den Deutschlandfonds.

„Wir können nicht über 20 Jahre das hohe Förderniveau wie aktuell aufrechterhalten“, sagte der Staatssekretär. Erfolgreiche Projekte sollten deshalb weitere private Investitionen anstoßen. Ziel sei es, Bürgern Orientierung für Investitions- und Heizungsentscheidungen zu geben. Die beschlossenen Rahmenbedingungen für Gasnetze, Fernwärme und Bioenergie sollten deshalb langfristig Bestand haben.

Streit um die Kosten der Wärmewende

In der abschließenden Diskussionsrunde ging es darum, die Wärmewende zu finanzieren, ohne Haushalte und Kommunen zu überfordern. Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), begrüßte die Fortschritte bei der kommunalen Wärmeplanung. Für deren Umsetzung

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

benötigten die Kommunen mehr Unterstützung und Zugang zu privatem Kapital. Liebing schlug öffentliche Bürgschaften vor, mit denen kommunale Unternehmen günstiger privates Kapital aufnehmen könnten.

Markus Staudt vom Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) forderte verlässliche politische Rahmenbedingungen, damit sich der Hochlauf klimafreundlicher Wärmepumpen fortsetzen könne. Ingeborg Esser vom Spitzenverband der Wohnungswirtschaft (GdW) plädierte dafür, die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung mit maßvollen Modernisierungen und einer schrittweisen Defossilisierung der Heizungen zu verbinden. Zwar gebe es sozial abgestimmte Förderangebote für Eigentümer, nicht aber für Mieter, kritisierte sie.



Diskussionsrunde (v.re.n.li.): Markus Staudt (BDH), Ingeborg Esser (GdW), Ingbert Liebing (VKU), Rita Schwarzelühr-Sutter (BMWK), Corinna Enders (Dena), Frank Wetzel (BMWE), Melanie Weber-Moritz (Deutscher Mieterbund) und Moderatorin Daniela Will
Quelle: Susanne Harmsen

Melanie Weber-Moritz, Präsidentin des Deutschen Mieterbundes, warnte vor einer finanziellen Überlastung der Mieter. „Wohnen ist ein Existenzthema“, sagte sie. Bereits heute zahle jeder dritte Mieterhaushalt mehr als 30 Prozent seines Einkommens für das Wohnen. Die Dekarbonisierung dürfe deshalb nicht zu höheren Wohnkosten führen, so dass sich Menschen ihre Wohnungen nicht mehr leisten könnten.

„Der Bund wird alle Anstrengungen unternehmen, um günstige Kredite zu ermöglichen“, versprach Wetzel. Rita Schwarzelühr-Sutter, Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, warnte vor den gesellschaftlichen Folgen einer sozial unausgewogenen Wärmewende. Finanzielle Überlastungen könnten politische Verwerfungen begünstigen, Extremisten stärken und die Demokratie gefährden. Wenn die Wärmewende wirtschaftliche Impulse für Bau- und Handwerksbetriebe auslöst, werde die Transformation von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Verkehrsinfrastruktur für Energiewende ausbauen

Neben der Wärmeversorgung thematisierte Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für die Transformation. Häfen müssten entsprechend den künftigen Anforderungen weiterentwickelt werden. Einige würden für den Ausbau von Offshore-Energieanlagen benötigt, andere für die Anlandung von Energieträgern wie Erdgas und Wasserstoff oder den CO2-Export. Dafür habe sein Ministerium eine Studie und eine Strategie erarbeitet.

Planungsbeschleunigungsgesetze sollten Verfahren straffen und digitalisieren. Verschiedene Verkehrsträger müssten besser miteinander verknüpft werden. Dazu seien neue Umschlaganlagen erforderlich und bestehende Anlagen zu ertüchtigen. Auch die Digitalisierung der Stromnetzanträge und ein besserer Überblick über verfügbare Netzkapazitäten gehörten zu den Aufgaben der kommenden Jahre. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

POLITIK & RECHT



Studie zu Biomethan. Quelle: Ökoinstitut und Fraunhofer ISE

Biomethan reicht regional nicht für den Bedarf

STUDIEN. Eine Ariadne-Studie zeigt, dass Deutschlands Biomethanpotenziale den künftigen Methanbedarf nicht decken. Die Autoren empfehlen deshalb eine gezielte Nutzung.

Die verfügbaren Biomethanmengen reichen in keiner deutschen Region aus, um den gesamten künftigen Methanbedarf zu decken. Gleichzeitig könnte der Umbau der Gasnetze den überregionalen Transport des erneuerbaren Gases erschweren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Öko-Instituts und des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE. Die Forschenden im Ariadne-Projekt haben untersucht, welche Bedeutung Biomethan in einem klimaneutralen Energiesystem im Jahr 2045 regional einnehmen kann.

Das Projekt Ariadne erforscht im Lernprozess mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wie Klimaziele erreicht werden können. Die Studienautoren empfehlen, zusätzliche Methannachfrage insbesondere im Gebäudesektor zu vermeiden. Andernfalls verschärfe sich die Konkurrenz um die begrenzten Biomasseressourcen zwischen Gebäuden, Industrie und Energiewirtschaft. Biomethan sollte stattdessen gezielt dort zum Einsatz kommen, wo sich fossiles Erdgas nur schwer ersetzen lässt.

„Biomethan sollte daher gezielt für Industrieprozesse eingesetzt werden, die sich nur schwer mit Strom betreiben lassen, beispielsweise in der Zementherstellung, sowie für Gaskraftwerke, die bei Bedarf Strom erzeugen und das Stromnetz stabilisieren“, sagt Benjamin Köhler, Studienautor am Öko-Institut.

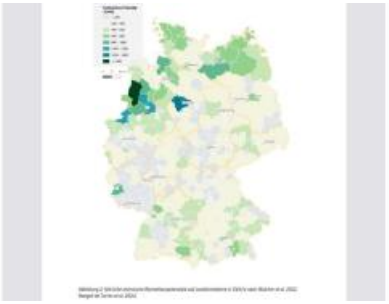
57 Milliarden kWh zusätzlich mobilisierbar

Deutschland verfügt laut Studie über ein technisches Biomethanpotenzial aus biogenen Reststoffen von rund 105 Milliarden kWh jährlich. Dazu zählen Gülle, Mist, Ernterückstände und Bioabfälle. Ein großer Teil davon wird bereits genutzt. Weitere rund 57 Milliarden kWh könnten aus bislang ungenutzten Reststoffen erschlossen werden.

Dem steht im untersuchten Szenario für 2045 eine Methannachfrage von 187 Milliarden kWh gegenüber. Die verbleibende Versorgungslücke müsste demnach insbesondere durch Anbaubiomasse sowie synthetisch erzeugtes Methan aus dem In- und Ausland geschlossen werden.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Die regionalen Potenziale unterscheiden sich deutlich. Bayern könnte aus bislang ungenutzten Reststoffen jährlich rund 12,6 Milliarden kWh Biomethan gewinnen. In Hessen liegt das zusätzliche Potenzial bei 2,5 Milliarden kWh, in Sachsen bei 2,3 Milliarden kWh. Doch selbst Regionen mit hohen verfügbaren Mengen können ihren künftigen Methanbedarf nicht allein aus heimischen Reststoffen decken.



Deutsche Biomethanpotenziale nach Landkreisen
(Für Vollbild auf die Grafik klicken)
Quelle: Ariadne

Zudem stimmen die Regionen mit hohen Biomethanpotenzialen nicht unbedingt mit jenen überein, in denen künftig besonders viel Methan benötigt wird. Deshalb halten die Forschenden den überregionalen Gastransport für weiterhin wichtig. Allerdings könnte die Transportkapazität des Gasnetzes künftig sinken, wenn Leitungen für den Transport von Wasserstoff umgewidmet werden. Wie sich die Gasnetzinfrastruktur langfristig entwickelt, sei derzeit noch offen.

Grüngasquote könnte Biomethanbedarf erhöhen

Eine zusätzliche Nachfrage könnte aus dem Gebäudesektor entstehen. Die im Gebäudemodernisierungsgesetz verankerte Grüngasquote könnte den Bedarf an Biomethan langfristig deutlich erhöhen. Allein für Gebäude mit neuen Gaskesseln, die den untersuchten gesetzlichen Quoten unterliegen, könnten 2045 rund 35 Milliarden kWh grüne Gase erforderlich sein.

Diese Menge entspricht mehr als dem Dreifachen der heutigen Biomethanproduktion und rund 65 Prozent des zusätzlich mobilisierbaren Biomethanpotenzials aus Reststoffen. Damit würde ein erheblicher Teil der verfügbaren Mengen für die Wärmeversorgung gebunden.

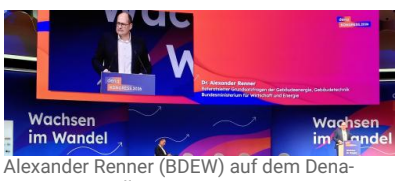
Die Forschenden sprechen sich deshalb dafür aus, den Einsatz von Methan im Gebäudesektor zu begrenzen. Energieeffiziente Alternativen sollten Vorrang haben. „Im Gebäudesektor sollten daher energieeffiziente Lösungen wie Wärmepumpen grundsätzlich Vorrang haben“, sagt Christoph Kost vom Fraunhofer ISE.

Die Ariadne-Studie „Regionale Bedeutung von Biomethan“ steht im Internet bereit. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Wärmewende braucht mehr Gemeinschaft



Alexander Renner (BDEW) auf dem Dena-Kongress Quelle: Susanne Harmsen

KLIMASCHUTZ. Auf dem Dena-Kongress in Berlin diskutierten Vertreter aus Politik und Wirtschaft über die Wärmewende. Im Mittelpunkt standen Sanierungsbedarf, soziale Förderung und kommunale Lösungen.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Die Bundesregierung will mit dem geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) mehr Verantwortung und Entscheidungsfreiheit auf die Eigentümer von Gebäuden übertragen. Der Markt soll stärker als bisher die Entwicklung bestimmen, der Staat weniger Vorgaben machen, betonte Alexander Renner, Referatsleiter für Grundsatzfragen Gebäudeenergie im Bundeswirtschaftsministerium (BMWE). Auf dem Kongress der Deutschen Energieagentur (Dena) am 9. November in Berlin betonte er: „An der Klimaneutralität als Ziel hält die Bundesregierung jedoch fest."

In der Diskussion unter dem Titel „Gebäudewende 2.0: Marktbasiert, zielgenau und sozial gerecht gestalten" sagte Renner, dank der verbesserten Leistungsfähigkeit von Wärmepumpen ließen sich inzwischen auch Gebäude beheizen, die nicht umfassend energetisch saniert seien. Viele Bestandsgebäude in Deutschland hätten allerdings weiterhin einen sehr schlechten energetischen Standard, bedauerte er.

Die geplante Biotreppe aus dem GModG sei noch in Arbeit. Für die Erfüllung der Quoten für biogene Gase und Öle sollten nach Renners Worten die Inverkehrbringer verantwortlich sein, nicht die einzelnen Hauseigentümer. Entscheidend für den Markt sei eine langfristige und mittelfristige Planungssicherheit.

Sanierung als Investitionsaufgabe

Gülnaz Atila, Executive Vice President Central Europe beim Dämmstoffhersteller Rockwool, sieht die zweite Phase der Gebäudewende vor allem als Umsetzungsaufgabe. Energiesparen stärke zugleich die Resilienz gegenüber steigenden Kosten fossiler Energieträger. Entscheidend sei, eine wirtschaftliche Balance zwischen den Investitionen in die Gebäudehülle und eine neue Heizung sowie den eingesparten Energiekosten zu finden. „Es bringt für den Klimaschutz am meisten, wenn wir Gebäude vom schlechtesten Standard G auf C verbessern", sagte Atila.

Auch Constanze Krüger, Director Public Affairs Region North und Zentraleuropa beim Dachfensterhersteller Velux, kritisierte, dass die Diskussion der vergangenen Jahre zu stark auf den Heizungstausch konzentriert gewesen sei. Darüber sei die Ertüchtigung der Gebäude in den Hintergrund geraten. Zudem sei die EU-Gebäuderichtlinie bislang in keinem Mitgliedstaat vollständig umgesetzt. Energetische Sanierungen dienten nicht nur dem Klimaschutz, sondern schützten die Bewohner auch vor Hitze und seien damit ein Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel, warb sie.

Wärmepumpen und Strompreise

Martin Sabel, Geschäftsführer des Bundesverbands Wärmepumpe (BWP), sieht im geplanten GModG neue Risiken für Verbraucher. „Die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes lässt das Risiko beim Kunden, sich noch einmal für eine Gasheizung zu entscheiden und künftig vielleicht ohne Gas und mit den hohen Kosten dazustehen", kritisierte er. Auch die Auswirkungen der Biotreppe ließen sich noch nicht zuverlässig abschätzen.

Für die Wirtschaftlichkeit von Wärmepumpen sei zudem das Verhältnis zwischen Strom- und Gaspreis entscheidend. Eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß könne dieses Verhältnis deutlich verbessern. Ebenso wichtig sei die konsequente Fortsetzung der CO2-Bepreisung, damit Verbraucher und Unternehmen die künftige Kostenentwicklung einschätzen könnten. Aus der Praxis berichtete Sabel außerdem von einer steigenden Nachfrage nach Wärmepumpen mit Kühlfunktion für den Sommer.

Kommunen brauchen gemeinsame Lösungen

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Für gemeinschaftliche Ansätze in der Wärmeversorgung plädierte Nicole Pillen, Bereichsleiterin Urbane Energiewende bei der Dena. Im Forum „Solidarisch statt fragmentiert: Daseinsvorsorge in der Wärmewende“ warnte sie davor, dass ein Wettbewerb zwischen Fernwärme und Wärmepumpen die Refinanzierung kommunaler Wärmenetze gefährden könnte.

Wie groß die Herausforderung beim Heizungstausch ist, verdeutlichte Thomas Losse-Müller, Direktor der Stiftung Klimaneutralität. Von ursprünglich rund 20 Millionen Gebäuden benötigten nach seinen Angaben noch 16 Millionen eine neue, klimafreundliche Heizung. Derzeit werde vor allem dann getauscht, wenn eine alte Heizung ausfalle, ein Gebäude saniert werde oder den Besitzer wechsle.

Um den Austausch bis zur Klimaneutralität zu bewältigen, müssten jährlich etwa eine Million Heizungen ersetzt werden. Die bestehende Förderpraxis könnte allerdings dazu führen, dass sich die Nachfrage in den frühen 2030er Jahren bündele. Dann drohten Engpässe bei Herstellern und Handwerksbetrieben, prognostizierte Losse-Müller. Haushalte mit weniger als 3.000 Euro Nettoeinkommen im Monat könnten sich den Heizungstausch mit Förderung gerade noch leisten, wenn er unumgänglich werde. Bei weniger als 2.000 Euro monatlichem Nettoeinkommen sei dies nicht mehr eigenständig möglich. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

^ Zum Inhalt

BEE warnt vor Förderlücke durch fehlende Gesetze



Quelle: Georg Eble

POLITIK. Die Koalitionsfraktion hat noch immer keine Lösung für das EEG und das Netzanschlusspaket. Der BEE fordert notfalls eine Trennung der Gesetzesinitiativen.

Die geplante Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und das Netzanschlusspaket könnten sich weiter verzögern. Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) sieht dadurch die Planungssicherheit für Unternehmen und private Haushalte gefährdet. „Die Meldungen über die mögliche erneute Verschiebung von EEG und Netzpaket verschärfen die Unsicherheit für Unternehmen und private Haushalte“, sagte BEE-Präsidentin Ursula Heinen-Esser am 8. November in einem Pressestatement.

Nach Medienberichten ist fraglich, ob die Regierungskoalition die Beratungen noch im November abschließen kann. Die Entscheidung im Bundestag könnte sich bis Dezember hinziehen. Ursprünglich sollten die beiden Vorhaben bereits im Oktober verabschiedet werden. Ihre erste Lesung im Bundestag hatte am 24. September stattgefunden.

Besonders drängt die Zeit beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die bisherige beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission läuft Ende 2026 aus. Bis dahin müsste nicht nur die EEG-Novelle verabschiedet sein, sondern auch die erforderliche Genehmigung aus Brüssel vorliegen. Andernfalls droht ab Januar 2027 eine Förderlücke für neue Anlagen. Allerdings: Bestehende Förderansprüche bleiben grundsätzlich unberührt.

Knackpunkte bei der EEG-Reform

In der Diskussion bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist die geplante Abschaffung der festen Einspeisevergütung für neue kleine Photovoltaikanlagen. Für größere Anlagen sieht der Regierungsentwurf eine Umstellung auf zweiseitige Differenzverträge (Contracts for Difference, CfD) vor.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Ein anderer Knackpunkt ist der Redispatch-Vorbehalt im Netzpaket. Danach sollen Betreiber neuer Wind- und Solaranlagen in besonders belasteten Netzgebieten bei netzbedingten Abregelungen unter bestimmten Voraussetzungen auf Entschädigungen verzichten. Der BEE kritisiert das daraus entstehende Investitionsrisiko und stellte bereits im September die Datengrundlage für die Ausweisung solcher Gebiete infrage (wir berichteten). Die Bundesregierung will mit der Regelung den Ausbau erneuerbarer Energien besser mit den vorhandenen Netzkapazitäten abstimmen und die Kosten für Netzengpässe begrenzen.

Heinen-Esser fordert eine rasche Verständigung über die vorliegenden Lösungsalternativen. Sollte eine Einigung über beide Gesetzespakete nicht gelingen, müssten die zeitkritischen, beihilferechtlich relevanten EEG-Regelungen herausgelöst und noch 2026 verabschiedet werden. Die Beratungen über das Netzpaket könnten dann 2027 fortgesetzt werden. Aus Sicht des Verbandes darf der Streit über die Netzanschlussregeln nicht dazu führen, dass die Förderung neuer Erneuerbaren-Anlagen zum Jahreswechsel ins Stocken gerät. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

Zum Inhalt

Deutschland fördert drei dänische Wasserstoffprojekte



Schmuckbild einer Wasserstoffleitung.
Quelle: Shutterstock / Audio und werbung

WASSERSTOFF. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert drei dänische Elektrolyseprojekte mit insgesamt rund 1,17 Milliarden Euro. Sie sollen künftig Wasserstoff nach Deutschland liefern.

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) hat die Zuwendungsverträge für drei dänische Wasserstoffprojekte unterzeichnet. Die Vorhaben wurden im Rahmen des deutsch-dänischen Förderfensters „Auction-as-a-Service“ (AaaS) der European Hydrogen Bank (EHB) ausgewählt. Insgesamt stellt Deutschland rund 1,173 Milliarden Euro bereit. Ziel ist es, erneuerbaren Wasserstoff aus Dänemark über eine grenzüberschreitende Pipeline an Abnehmer im deutschen Wasserstoff-Kernnetz zu liefern.

Dänemark bietet aufgrund seines hohen Anteils erneuerbarer Energien am Strommix günstige Voraussetzungen für die Wasserstoffproduktion mittels Elektrolyse. Die Kooperation soll diese Standortvorteile nutzen und die Versorgung der deutschen Industrie mit erneuerbarem Wasserstoff zu möglichst niedrigen Kosten ermöglichen.

„Mit der Kooperation schaffen wir die Grundlage für eine sichere, langfristige und kosteneffiziente Wasserstoffversorgung der deutschen Industrie“, sagte Frank Wetzel, Staatssekretär im BMWE. Dänemarks Investitionen in die Wasserstoffproduktion eröffneten dabei neue Perspektiven für eine grenzüberschreitende Pipeline-Infrastruktur und den Bezug erneuerbaren Wasserstoffs. „Davon profitieren beide Länder: Deutschland gewinnt eine verlässliche Bezugsquelle, Dänemark einen starken Absatzmarkt“, so Wetzel.

Drei Projekte erhalten Förderung

Die Förderung verteilt sich auf drei Vorhaben. Das Projekt Frigg 1 von Everfuel Frigg 1 ApS entsteht in Vejen. Der Gebotspreis liegt bei 0,98 Euro je Kilogramm Wasserstoff, die Fördersumme bei rund 245 Millionen Euro. „HOST PtX“ von „CI ETF I Hoest P/S“ in Esbjerg erhält rund 550 Millionen Euro bei einem Gebotspreis von 1,70 Euro je Kilogramm. Für das Projekt Gemini von „Kasso Hydrogen I ApS“ in Kasso sind rund 378 Millionen Euro vorgesehen. Der Gebotspreis beträgt 1,77 Euro je Kilogramm.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Die Auswahl erfolgte in einem wettbewerblichen Verfahren. Den Zuschlag erhielten die Bieter mit dem niedrigsten nachgewiesenen Förderbedarf je Kilogramm Wasserstoff. Die Auszahlung der Fördermittel ist an die tatsächliche Umsetzung der Projekte gebunden. Sie erfolgt über zehn Jahre von 2031 bis 2041 und richtet sich nach den gelieferten und zertifizierten Produktionsmengen.

Pipelinebau soll früher starten können

Eine zentrale Voraussetzung für den Wasserstoffimport ist die geplante Pipeline „Danish Hydrogen Backbone 1“ (DHB1). Dänemark hat die Mindestanforderungen für deren Bau nach Angaben des BMWE wiederholt gesenkt. Inzwischen reicht eine bis zum 1. Januar 2028 finanziell garantierte Buchung von 100 MW aus, um die Buchungsvoraussetzung für die Realisierung der Pipeline zu erfüllen.

Damit steige die Planungssicherheit für dänische Wasserstoffproduzenten und deutsche Abnehmer. Bereits die Buchung durch ein größeres Projekt kann demnach ausreichen, um den Bau der Leitung auszulösen.

Nach Einschätzung des BMWE können die geförderten Projekte dazu beitragen, dass künftig an das deutsche Kernnetz angeschlossene Abnehmer bereits früher von wettbewerbsfähigeren Wasserstoffpreisen profitieren. Zugleich soll die Zusammenarbeit die Diversifizierung der deutschen Energieimporte unterstützen und zur Dekarbonisierung der Industrie beitragen. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Klimagipfel ohne Merz



Quelle: Fotolia / kav777

KLIMASCHUTZ. Der Bundeskanzler lässt die Klimakonferenz aus. Ein Statement gegen den Klimaschutz? Vertreter der Bundesregierung trommeln mit anderen für ernsthafte Fortschritte.

Deutschland hat zum Auftakt der zweiwöchigen UN-Klimakonferenz im im türkischen Antalya gemeinsam mit besonders betroffenen Inselstaaten dafür geworben, das im Pariser Klimaabkommen vereinbarte 1,5-Grad-Klimaziel nicht aufzugeben. „Der Erfolg dieser Konferenz wird daran gemessen werden, wie gut wir auf die drohende Gefahr eines Overshoots reagieren“, heißt es in einer Erklärung der „High Ambition Coalition“ - einer Allianz von Deutschland und rund 20 anderen Staaten, darunter besonders stark bedrohte Länder wie Tuvalu oder die Marshallinseln.

Mit dem Begriff „Overshoot“ beschreiben die Vereinten Nationen, dass sich die Erde mittlerweile unvermeidbar zumindest zeitweise stärker als 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit erwärmen wird, weil die Welt trotz des Pariser Klimaabkommens zu viele Treibhausgase ausgestoßen hat. Nun wird angestrebt, die Überschreitung der kritischen Marke möglichst kurz zu halten, indem langfristig der Atmosphäre mehr CO2 entzogen wird, als hineingelangt.

In der von Umweltminister Carsten Schneider (SPD) unterzeichneten Erklärung der Allianz heißt es: „Unsere Reaktion auf den Overshoot muss schnell, entschlossen und gerecht sein und uns einer saubereren, gesünderen und sichereren Zukunft näherbringen.“

„Lasst uns Antalya zu einem Erfolg machen“

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Die Staaten fordern eine Abkehr von Kohle, Öl und Gas, eine schnelle Verringerung der Emissionen und erkennen an, dass Klimafinanzierung dafür eine kritische Rolle spielt. Diese ist in den Verhandlungen zwischen armen und reichen Ländern besonders umstritten, da viele Industriestaaten - auch Deutschland - ihre finanziellen Mittel zuletzt zurückgefahren haben und keine neuen Zusagen machen wollen.

Die derzeit in Antalya für die Bundesregierung verhandelnde Staatssekretärin Heike Henn (SPD) betonte trotzdem, Deutschland stehe voll und ganz hinter der Erklärung. „Lasst uns Antalya zu einem Erfolg machen."

Personell macht sich Deutschland in diesem Jahr dagegen rar auf dem Gipfel: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) wird nicht nach Antalya reisen, was Klimaschützer hart kritisieren. Als einziger deutscher Minister reist Schneider in der zweiten Woche der Konferenz an.

Nach den Worten von UN-Generalsekretär António Guterres ist ein neues Zeitalter der Klimaextreme angebrochen. „Und diejenigen, die am wenigsten dafür verantwortlich sind, leiden als Erste und am stärksten darunter." An die Regierungsvertreter auf der Klimakonferenz mit Zehntausenden Delegierten appellierte Guterres, nun ernst zu machen: Sie müssten schädliche Emissionen schneller senken, die beschlossene Abkehr von Öl, Gas und Kohle beschleunigen sowie den gefährdeten Staaten die nötigen Finanzen und Schutz bereitstellen. // VON DPA

Zum Inhalt

Wenn die Förderung den Kaufpreis übersteigt



Quelle: E&M / playgroundai.com

WÄRME. Österreich hat Milliarden Euro für den Austausch fossiler Heizungen ausgegeben. Das Geld war nicht immer gut angelegt, kritisiert der Rechnungshof in Wien.

Mehr Förderung bekommen, als die Anlage insgesamt kostet? In Österreich ließ sich das beim Kauf einer neuen Heizung durchaus einrichten. Möglich machten das die Förderprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden, die sich miteinander kombinieren ließen, wie der österreichische Rechnungshof feststellt.

In seinem nun veröffentlichten Bericht „Förderungen für den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen" kritisiert der Rechnungshof die unübersichtliche Förderlandschaft, häufig wechselnde Förderbedingungen und die unzureichende Unterstützung einkommensschwacher Haushalte. Untersucht wurden vor allem die Jahre 2020 bis 2024. Ob allerdings wirklich Förderungen von mehr als 100 Prozent erfolgten, konnte der österreichische Rechnungshof nicht feststellen.

Im Zeitraum 2020 bis 2024 zahlte der Bund insgesamt 1,69 Milliarden Euro für den Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme aus. Davon entfielen 1,57 Milliarden Euro auf das Programm „Raus aus Öl und Gas" und weitere 114 Millionen Euro auf „Sauber Heizen für Alle". Insgesamt wurden mehr als 162.000 Förderfälle registriert. Für bereits angemeldete Vorhaben waren zudem für 2025 weitere 903 Millionen Euro gebunden.

Auch die Bundesländer und Gemeinden unterstützten den Heizungstausch. Allein die Steiermark zahlte 65,53 Millionen Euro aus, Wien weitere 30,68 Millionen Euro. In der Steiermark boten zudem 13 von 14 untersuchten Gemeinden eigene Förderprogramme an.

Geringe soziale Treffsicherheit

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Laut Rechnungshof sind die parallelen Förderstrukturen ineffizient. Bund, Länder und Gemeinden verfügten über eigene Antragsverfahren, Ansprechstellen und Kontrollmechanismen.

Kritik üben sie auch an der wechselhaften Förderpolitik. Beim Bundesprogramm „Raus aus Öl und Gas“ stieg der maximale Fördersatz zwischen 2020 und 2024 von 30 auf 75 Prozent. Anschließend waren die Mittel vorzeitig ausgeschöpft. Im November 2025 begann eine neue Förderung mit einem reduzierten maximalen Fördersatz von 30 Prozent.

Ein weiteres Problem betrifft die soziale Treffsicherheit. Das Programm „Sauber Heizen für Alle“ richtete sich ausschließlich an einkommensschwache Eigentümer von Einfamilien- oder Reihenhäusern. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen wohnen jedoch häufig zur Miete in älteren Mehrfamilienhäusern.

Entsprechend gering war die Reichweite: Nur 5.970 Förderfälle entfielen auf dieses Programm. Das entspricht rund vier Prozent aller Bundesförderfälle. Besonders in der Hauptstadt Wien wurde die Unterstützung kaum in Anspruch genommen.

Austauschrate deutlich gestiegen

Trotz der Kritik bescheinigt der Bericht den Förderungen eine Wirkung auf den Klimaschutz. Die Austauschrate fossiler Heizungen stieg zwischen 2020 und 2024 deutlich. Nach Angaben des österreichischen Umweltbundesamtes waren 50 bis 60 Prozent des Rückgangs der Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor auf den Wechsel zu klimafreundlichen Heizsystemen zurückzuführen.

Für das österreichische Ziel der Klimaneutralität bis 2040 reicht das bisherige Tempo nach Einschätzung des Rechnungshofes jedoch nicht aus. Die Prüfer empfehlen deshalb einen verbindlichen, zeitlich abgestuften Plan für die Dekarbonisierung des Heizungsbestands.

Der Bericht „Förderungen für den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen“ des österreichischen Rechnunghofes steht zum Download zur Verfügung. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

^ Zum Inhalt

Energieökonomen warnen vor Stromengpässen in NRW


Quelle: Pixabay / Benita Welter

KOHLEKRAFTWERKE. Auch NRW bekam Zuschläge für Gaskraftwerke, doch gibt es Zweifel, ob sie rechtzeitig fertig werden. Wissenschaftler zweifeln daher am geplanten Braunkohleausstieg in dem Bundesland.

Der für 2030 vereinbarte Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier könnte die Versorgungssicherheit gefährden. Davor warnen die Energieökonomen Manuel Frondel vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen und Andreas Löschel von der Ruhr-Universität Bochum. Der WDR und der Kölner Stadt-Anzeiger berichteten darüber.

„Der Ausstieg kann meines Erachtens nicht funktionieren, wenn wir nicht riskieren wollen, dass die Versorgungssicherheit leidet und dass die Strompreise weiter steigen“, sagte Frondel. Er rechnet damit, dass der Beschluss zum vorgezogenen Kohleausstieg noch revidiert wird. Niemand wolle „Stromknappheiten“ und „explodierende Strompreise“ riskieren.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Auch Löschel, Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), sieht Probleme. Nach jetzigem Stand werde NRW in den Wintern 2031 und 2032 „durchaus Probleme bekommen“. Die Landesregierung müsse prüfen, ob die Zeitpläne für den Kohleausstieg und den Bau neuer Gaskraftwerke zusammenpassen.

Hintergrund sind die Ergebnisse der ersten Ausschreibung für neue Gaskraftwerke. Nordrhein-Westfalen erhielt Zuschläge für insgesamt 2.100 MW und damit 41 Prozent der ausgeschriebenen Leistung. Die Anlagen sollen spätestens 2031 ans Netz gehen, also ein Jahr nach dem geplanten Kohleausstieg. Eine zweite Ausschreibungsrunde folgt im kommenden Jahr.

Klarheit erst im Frühsommer?

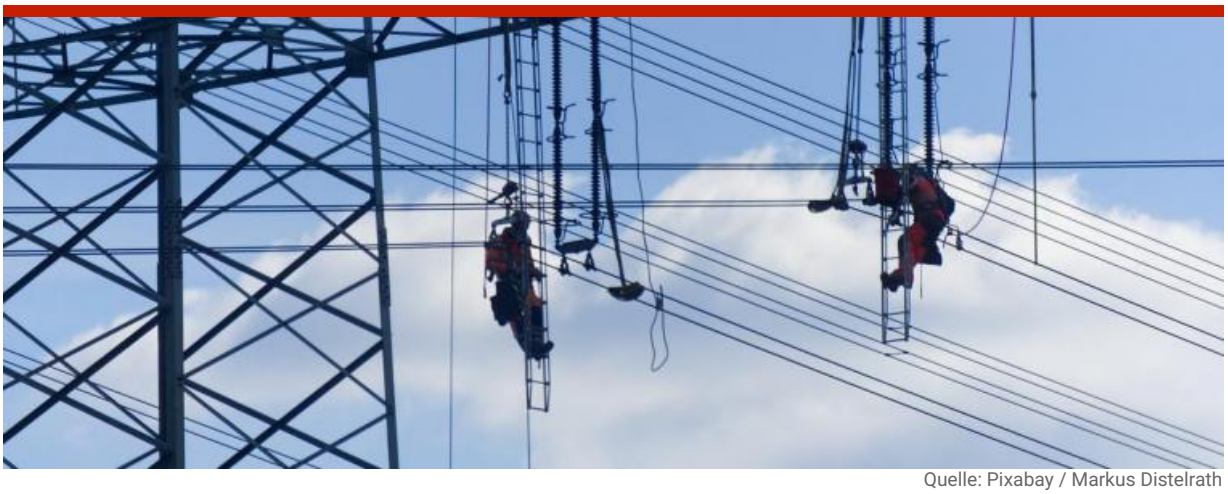
Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) will erst anschließend überprüfen lassen, welche Auswirkungen sich daraus für die Stilllegung der Kohlekraftwerke ergeben. NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) erwartet den Bericht laut den Medienberichten erst im Frühjahr oder Frühsommer 2027 und damit nach der Landtagswahl.

Den vorgezogenen Braunkohleausstieg hatten Bund, Land und der Energiekonzern RWE im Jahr 2022 vereinbart. Ursprünglich war ein Ausstieg bis spätestens 2038 vorgesehen. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

HANDEL & MARKT



Quelle: Pixabay / Markus Distelrath

Dunkelflaute bringt Strom-Spot auf Ein-Jahres-Hoch

STROM. Seit 5. November ist die Einspeisung von Wind- und Solarstrom jeden Tag zurückgegangen, seit 7. November ist Dunkelflauten-Niveau erreicht. Diese Redaktion hat sich umgehört.

Die anhaltende Dunkelflaute hat zu den höchsten Grund- und Spitzenlastpreisen in der Day-ahead-Stromauktion seit zwölf Monaten geführt. Am 9. November verkaufte sich Grundlast für den 10. November für 351,48 Euro / MWh. Das war noch mehr als die 314,85 Euro, die für den 29. Oktober erzielt worden waren. In den vorigen zwölf Monaten hatte der Day-ahead keine 260 Euro erreicht.

Bei Spitzenlast sieht die Lage noch krasser aus: Sie erlöste für den 10. November 418,72 Euro. Auch bei Peak war bislang das Zwölf-Monats-Hoch bei 356,48 Euro für den 29. Oktober gelegen. Zuvor hatte der Liefertag 14. September mit 256,55 Euro den Rekord in den vergangenen 365 Tagen gebildet.

Auch am 8. November, einem arbeitsfreien Sonntag mit entsprechend weniger Stromnachfrage, kam keine Viertelstunde unter 200 Euro. Plus 200, wohlgemerkt, während im Sommer zumindest die sonnenstarken Viertelstunden oft negative Preise erlösen.

Die Faktoren laut der Trianel

Die Stadtwerke-Kooperation Trianel aus Aachen macht sich folgenden Reim aus der Situation: „Die derzeit hohen Strompreise sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Bei wenig Wind und einer jahreszeitlich bedingt geringeren Solarstromerzeugung müssen verstärkt konventionelle Kraftwerke den Strombedarf decken. Diese haben aufgrund ihrer Brennstoff- und CO2-Kosten höhere Erzeugungskosten als erneuerbare Energien. Gemäß der Merit Order bestimmt das teuerste noch zur Deckung der Nachfrage benötigte Angebot den Börsenstrompreis. In Zeiten geringer erneuerbarer Erzeugung sind das oftmals Gas- oder Kohlekraftwerke."

Vor allem, so ein Trianel-Sprecher, verstärkten die gestiegenen Gaspreise den Preisdruck. Im Oktober lag der durchschnittliche Gaspreis am niederländischen Handelsplatz TTF, der auch für Deutschland bedeutsam ist, bei rund 87 Euro pro MWh und damit rund 15 Prozent über dem Septemberniveau.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Ein Tradingjournalist macht diese Redaktion unter der Zusicherung der Anonymität auf einen weiteren Fundamentalaspekt aufmerksam: Hohe Notierungen auf den fossilen Energiemärkten - Gas und Steinkohle, aber auch Rohöl - zögen tendenziell den Strom-Day-ahead ebenfalls nach oben.

Inwiefern mehr Batterien die Preise gedrückt hätten

Der Batteriesimulator des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) kommt mit Blick auf den 10. November zum Ergebnis, dass die Spotpreise bei Zubau weiterer 20.000 MW Batteriespeicher und sechs Stunden Speicherdauer am Vormittag und am Nachmittag bei etwa 370 Euro gedeckelt worden wären. So sind sie bis 534,66 Euro geklettert.

Was ist eine Dunkelflaute?

Für den Tradingjournalisten fängt eine Dunkelflaute dann an, wenn die gemittelte elektrische Leistung von Wind und Solar in Deutschland an einem Tag unter 10.000 MW fällt, das heißt, wenn weniger als 240.000 MWh Wind- und Sonnenstrom eingespeist werden. „Vier, fünf MW kamen schon mal vor“, erinnert er sich. Die Einspeise-Tiefs würden aber mit zunehmendem Ausbau der Erneuerbaren höher. Wenn in den ersten drei Quartalen 2026 beispielsweise per Saldo 12.800 MW PV-Anlagen hinzukamen, produzieren sie zusammen mit den Altanlagen auch im Halbdunkel bereits mehr.

Am 4. November belief sich die Erzeugung noch auf 576.000 MWh, so die Plattform Smard der Bundesnetzagentur. Danach fiel sie jeden Tag, bis am 7. November mit 246.000 MWh sozusagen die Dunkelflauten-Schwelle erreicht war. Tags darauf waren es nur 169.000 MWh, das ist eine gemittelte Leistung von 7 MW.

Davon waren nur 3 MW Solar. Ironischerweise findet sich auf derselben Strommarktseite der Netzagentur eine Meldung von Anfang Oktober, wonach jetzt schon feststeht, dass 2026 ein PV-Rekordjahr wird. Die in den ersten drei Quartalen erzeugten 75,9 Terawattstunden seien schon mehr als die Gesamtproduktion im Gesamtjahr 2025.

Wann der Spuk mit den Spikes vorbei ist

Die Nachricht von dem längst eingefahrenen Rekord hilft nur den jetzigen Nachfragern nach kurzfristigem Strom nichts: Die Dunkelflaute mit unter 10 MW soll noch bis einschließlich 11. November andauern, so der Wetterdienst Eurowind. Dann soll der Spuk mit den Spikes erst mal vorbei sein: Von Donnerstag / Freitag an und für die nächste Woche ist eine höhere Erneuerbaren-Einspeisung zu erwarten, was jetzt schon zu einem kräftigen Rückgang beim Preis für die Week-ahead geführt hat.

Die Trianel zitiert für die nächste Woche sogar eine Prognose für überdurchschnittlich windige Verhältnisse: „Sollte sich diese bestätigen, könnte die höhere Windstromerzeugung den Einsatz konventioneller Kraftwerke reduzieren und damit auch die Strompreise entlasten“, schreibt sie auf Anfrage.

Ein anderer Händler lässt sich so zitieren: „Auf etwas längere Sicht könnte sich für Deutschland im November eine West-Südwestwetterlage ergeben. Dies würde bedeuten, dass wir Wind und Nässe bekämen und nicht allzu viel Kälte. Dies hätte einen bearishen Effekt auf die Preise, allerdings sind die Prognosen sehr unsicher.“ (geo) // VON GEORG EBLE

^ Zum Inhalt

WERBUNG

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



EEG-Konto verliert 815 Millionen Euro


Quelle: Shutterstock / lovelyday12

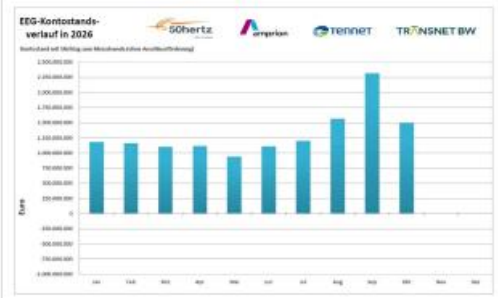
REGENERATIVE. Das EEG-Konto der vier Übertragungsnetzbetreiber sank im Oktober um rund 815 Millionen Euro. Anders als in den Vormonaten flossen keine Bundeszahlungen.

Nach vier Monaten mit steigenden Guthaben hat sich die Entwicklung auf dem EEG-Konto der vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) im Oktober umgekehrt. Zum Monatsende standen noch 1,49 Milliarden Euro zu Buche, gegenüber 2,31 Milliarden Euro im September. Damit lag das Guthaben auch rund 46,5 Millionen Euro unter dem geprüften Kontostand vom 31. Dezember 2025. Das zeigt die aktuelle Aufstellung von 50 Hertz, Amprion, Tennet und Transnet BW auf ihrer gemeinsamen Transparenzplattform Netztransparenz.de.

Im Oktober verbuchten die ÜNB Einnahmen von 462,47 Millionen Euro. Dem gegenüber standen Ausgaben von 1,28 Milliarden Euro. Der Monatssaldo betrug minus 815,5 Millionen Euro. Im September hatte das Konto noch ein Plus von 746,3 Millionen Euro ausgewiesen, im August von 367,8 Millionen Euro.

Auffällig ist das Ausbleiben der Bundeszahlungen. Während der Bund im September 1,54 Milliarden Euro überwiesen hatte, weist die Oktoberabrechnung für diese Position null Euro aus. Nach Paragraf 7 Absatz 3 des Energiefinanzierungsgesetzes (EnFG) kann der Bund seine monatlichen Abschlagszahlungen an die Entwicklung des EEG-Kontos anpassen. Auch die Übertragungsnetzbetreiber können eine Anpassung verlangen, wenn die Entwicklung des Kontostands dies erforderlich macht. Zuletzt war im März 2025 eine Bundeszahlung ausgeblieben.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



Nach vier Monaten mit steigenden Guthaben sank der EEG-Kontostand im Oktober deutlich. Ende des Monats lag er bei 1,49 Milliarden Euro
(zum Vergrößern bitte auf die Grafik klicken)
Quelle: 50 Hertz / Amprion / Tennet / Transnet BW

Seit Januar dieses Jahres summieren sich die Zahlungen damit unverändert auf 12,59 Milliarden Euro. Auch die Erlöse aus Rückforderungen, Korrekturen und weiteren Zahlungsansprüchen fielen deutlich geringer aus: Sie sanken von 1,25 Milliarden Euro im September auf 23,63 Millionen Euro im Oktober.

Vermarktungserlöse steigen leicht

Aus der Vermarktung von Strom aus geförderten Erneuerbare-Energien-Anlagen nahmen die ÜNB im Oktober 414,18 Millionen Euro ein. Davon entfielen 394,09 Millionen Euro auf den Day-Ahead-Handel und 20,09 Millionen Euro auf den Intraday-Handel einschließlich Viertelstundenauktion. Im September hatten die Vermarktungserlöse bei 396,55 Millionen Euro gelegen.

Auf der Ausgabenseite entfielen im Oktober 1,21 Milliarden Euro auf Zahlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Im September waren es noch 1,62 Milliarden Euro gewesen. Der untertägige Ausgleich kostete 30,13 Millionen Euro, nach 9,87 Millionen Euro im Vormonat. Insgesamt gingen die Ausgaben gegenüber September um knapp 1,20 Milliarden Euro zurück.

Die ÜNB veröffentlichen die monatlichen Einnahmen und Ausgaben nach Anlage 1 des EnFG. Die Übersicht erfasst die bis zum jeweiligen Monatsende verbuchten Positionen. (ds) // VON DAVINA SPOHN

Zum Inhalt

DNV erwartet starken Anstieg des Strombedarfs für Kühlung



Quelle: Pixabay / Myriams-Fotos

KLIMA. Nach einer Prognose von DNV könnte die Kühlung von Gebäuden bis 2035 bereits 13 Prozent des globalen Stromverbrauchs ausmachen. Besonders stark wächst die Nachfrage in Asien.

Der weltweit steigende Bedarf an Klimatisierung wird zu einer zunehmenden Herausforderung für die Stromversorgung und den Klimaschutz. Das geht aus einer aktuellen Analyse des Prüf- und Beratungsunternehmens DNV für dessen „Energy Transition Outlook 2026“ hervor. Demnach wird der Strombedarf für Kühlung innerhalb der kommenden zehn Jahre um mehr als 60 Prozent zunehmen.

Bis 2035 könnte die Gebäudekühlung rund 13 Prozent des weltweiten Stromverbrauchs ausmachen. Das wäre jeweils etwa doppelt so viel wie der prognostizierte Strombedarf für das Laden von Elektrofahrzeugen oder für KI-Rechenzentren.

Bereits heute werden der Analyse zufolge weltweit rund 2.800 Milliarden kWh Strom jährlich für Kühlung benötigt. Bis 2040 erwartet DNV einen Anstieg um 80 Prozent. In den vergangenen 15 Jahren hatte das

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Wachstum noch bei 55 Prozent gelegen. Als wesentliche Ursachen nennt das Unternehmen steigende Einkommen, zunehmende Wohn- und Gewerbeflächen sowie die Folgen des Klimawandels.

Besonders ausgeprägt ist die Entwicklung in den Schwellenländern. Auf dem indischen Subkontinent dürfte sich der Strombedarf für Kühlung bis 2040 verdreifachen, in Südostasien sogar vervierfachen. In Nordamerika erwartet DNV dagegen lediglich einen Zuwachs von etwas mehr als 5 Prozent. Dort ist die Verbreitung von Klimaanlagen bereits hoch. Ein wesentlicher Teil des zusätzlichen Bedarfs entfällt auf die Kühlung von Rechenzentren.

Steigender Kühlbedarf belastet die Stromnetze

Die Entwicklung stellt nach Einschätzung von DNV auch die Stromnetze vor erhebliche Herausforderungen. Insbesondere während extremer Hitzeperioden könnten Millionen Klimaanlagen gleichzeitig betrieben werden und damit hohe Lastspitzen verursachen. Dabei seien in diesen Situationen die Stromversorgungssysteme häufig ohnehin bereits stark beansprucht. Hinzu kommt ein klimapolitisches Problem: Da die Stromerzeugung weltweit noch über Jahrzehnte nicht vollständig dekarbonisiert sein wird, führt der steigende Kühlbedarf auch zu zusätzlichen Treibhausgasemissionen. Für 2035 prognostiziert DNV allein durch die Stromerzeugung für Kühlung einen jährlichen Ausstoß von rund 1,1 Milliarden Tonnen CO2. Das entspricht ungefähr den heutigen gesamten jährlichen CO2-Emissionen Japans.

Zwar dürften die Emissionen durch den zunehmenden Einsatz erneuerbarer Energien langfristig sinken. Bis 2050 erwartet DNV jedoch lediglich einen Rückgang der CO2-Emissionen aus dem Stromverbrauch für Gebäudekühlung um etwa 40 Prozent gegenüber 2022. Damit bleibt die Entwicklung hinter den Ambitionen des 2023 auf der Weltklimakonferenz COP28 vereinbarten „Global Cooling Pledge“ zurück. Dieser sieht vor, die kühlungsbedingten Emissionen bis 2050 um mindestens 68 Prozent gegenüber 2022 zu reduzieren. Allerdings umfasst die Vereinbarung auch Emissionen durch Kältemittel, während sich die DNV-Prognose auf die CO2-Emissionen der Stromerzeugung für Gebäudekühlung bezieht.

Effizientere Klimaanlagen sollen Verbrauch begrenzen

Um den steigenden Energiebedarf zu begrenzen, hält DNV strengere Effizienzstandards für erforderlich. Der Global Cooling Pledge sieht unter anderem vor, die durchschnittliche Effizienz neuer Klimaanlagen bis 2030 gegenüber dem Gerätebestand von 2022 um 50 Prozent zu steigern. Nach den Berechnungen von DNV sind steigende Einkommen der wichtigste Treiber für den wachsenden Kühlbedarf zwischen 2025 und 2040. Verbesserungen bei der Energieeffizienz von Anlagen und Steuerungssystemen könnten bislang nur einen kleinen Teil des zusätzlichen Verbrauchs ausgleichen.

DNV fordert deshalb, besonders ineffiziente Geräte schrittweise vom Markt zu nehmen und energieeffiziente Klimatisierung auch für einkommensschwache Haushalte erschwinglich zu machen. Gerade in heißen Regionen mit niedrigem Einkommensniveau sei Kühlung zunehmend notwendig, um Gesundheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu schützen.

Das Unternehmen verweist in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende dritte internationale Ministerkonferenz zum Thema am 16. November im Rahmen der Weltklimakonferenz COP31. Der steigende Strombedarf müsse bei der Planung von Erzeugungskapazitäten, Übertragungs- und Verteilnetzen künftig stärker berücksichtigt werden. (kmt)

Die Analyse mit dem Titel „Burning to Cool“ sowie der vollständige „Energy Transition Outlook 2026“ sind auf den Internetseiten von DNV abrufbar. // VON KATIA MEYER-TIEN

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

TECHNIK



Vertreter von RWE und Kawasaki beim Turbinenstart in Lingen. Mit dabei: Ministerpräsident Olaf Lies (4. v. l.). Quelle: RWE

Kawasaki-Turbine geht in Lingen in den Testbetrieb

WASSERSTOFFTECHNIK. RWE und der japanische Gasturbinenhersteller Kawasaki Heavy Industries testen in Lingen eine 34-MW-Turbine, die auch mit reinem Wasserstoff Strom erzeugen kann.

Mit einer wasserstofffähigen Gasturbine wollen RWE und Kawasaki Heavy Industries (KHI) im niedersächsischen Lingen Erfahrungen für den Einsatz in künftigen Kraftwerken sammeln. Die beiden Unternehmen haben die 34-MW-Anlage am 6. November auf dem Gelände des Gaskraftwerks Emsland in Betrieb genommen. Mit ihr erproben sie am Standort die Rückverstromung von Wasserstoff im industriellen Maßstab. Nach Angaben von RWE handelt es sich um die europaweit größte Gasturbine, die für den Betrieb mit reinem Wasserstoff ausgelegt ist.

In den kommenden Monaten wollen die Partner unterschiedliche Lastzustände und Betriebsweisen untersuchen, wie RWE mitteilt. Die Gasturbine lässt sich laut dem Energiekonzern mit Erdgas, Wasserstoff oder beliebigen Mischungen der beiden Brennstoffe betreiben. Die eingesetzte Verbrennungstechnik hat Kawasaki bereits an kleineren Anlagen erprobt. In Lingen ist sie erstmals in einer Leistungsklasse von 34 MW im Einsatz.

Für RWE steht die Frage im Mittelpunkt, wie sich solche Anlagen künftig zur Absicherung der Stromversorgung nutzen lassen. Wasserstofffähige Gaskraftwerke sollen Strom bereitstellen können, wenn Wind- und Solaranlagen über längere Zeit wenig erzeugen. „Die Betriebserfahrungen werden eine wichtige Grundlage für den Einsatz noch größerer Anlagen sein“, zeigte sich Nikolaus Valerius überzeugt. Laut dem Vorstandsvorsitzenden der RWE Generation SE könne die neue Turbine bis zu zehnmal so viel Leistung erbringen wie bisherige Wasserstoffturbinen.

Wasserstoffanteil richtet sich nach den Kosten

Kawasaki sieht in der Brennstoffflexibilität einen Vorteil für die spätere Anwendung. Der Wasserstoffanteil könne je nach Verfügbarkeit und Kosten angepasst werden, erklärt Motohiko Nishimura. Er ist bei KHI Leiter der Sparte Energy Solution & Marine Engineering. Durch die Flexibilität sei auch ein schrittweiser Übergang vom Erdgas- zum Wasserstoffbetrieb möglich. Ob und wann die Versuchsanlage nach Abschluss der Tests regulär Strom erzeugen soll, geben die Partner gegenwärtig noch nicht bekannt.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Auch Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) betonte die Bedeutung solcher Projekte: „Wer Klimaneutralität und Versorgungssicherheit zusammenbringen will, braucht den Mut, neue Technologien in die Praxis zu bringen“, sagte er bei der Inbetriebnahme der Turbine in Lingen.

GET H2 Nukleus verbindet Erzeugung und Abnahme

Der Wasserstoff für den Testbetrieb der Gasturbine stammt aus den Elektrolyseuren des Projekts „GET H2 Nukleus“ am Standort Lingen. Für die Wasserstoffproduktion nutzt RWE nach eigenen Angaben vor allem Windstrom aus der Nordsee.

Das Projekt ist vor allem auf die Versorgung industrieller Abnehmer ausgerichtet. Dazu verbindet ein Wasserstoffleitungsnetz die Erzeugung in Lingen mit Abnehmern in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Bereits im August 2026 erreichte nach RWE-Angaben erstmals erneuerbarer Wasserstoff aus Lingen über ein rund 120 Kilometer langes Leitungsnetz den Chemiepark Marl (wir berichteten). Beteiligt sind unter anderem die Fernleitungsnetzbetreiber Nowega und Open Grid Europe (OGE) sowie die Evonik-Tochter „SYNEQT“.

RWE will die Elektrolyseleistung am Standort Lingen bis Ende 2026 auf 200 MW und 2027 auf insgesamt 300 MW ausbauen. Laut RWE erfüllt der in Lingen bereits produzierte Wasserstoff die EU-Anforderungen für erneuerbare Kraftstoffe nicht-biologischen Ursprungs (Renewable Fuels of Non-Biological Origin, RFNBO). Industrielle Abnehmer können dadurch Nachhaltigkeitsnachweise erhalten und die entsprechenden Emissionsminderungen geltend machen. Die EU-Vorgaben regeln unter anderem, aus welchen erneuerbaren Stromquellen die Elektrolyseure versorgt werden dürfen und wie eng Stromerzeugung und Wasserstoffproduktion zeitlich zusammenfallen müssen.

Teile von GET H2 Nukleus erhalten Fördermittel von Bund und Ländern im Rahmen eines IPCEI (Important Project of Common European Interest). Nach RWE-Angaben gehören die Leitungen zu den ersten Abschnitten des deutschen Wasserstoff-Kernnetzes. (ds) // VON DAVINA SPOHN

Zum Inhalt

WERBUNG



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

„SSSC“ soll Stromstaus in der Schweiz verhindern



220-kV-Schaltanlage im Unterwerk in Mettlen. Quelle: Swissgrid

STROMNETZ. Swissgrid setzt erstmals einen Static Synchronous Series Compensator (SSSC) ein. Die Technologie soll Stromflüsse gezielter verteilen und Redispatch-Maßnahmen reduzieren.

Der Schweizer Übertragungsnetzbetreiber Swissgrid hat einen Static Synchronous Series Compensator (SSSC) in Betrieb genommen. Das System im Unterwerk Innertkirchen, im Berner Oberland gelegen, setzt nach Angaben des Unternehmens an der 220-kV-Leitung zwischen Innertkirchen und Mettlen im Kanton Luzern an. Der SSSC erhöht die Impedanz – der elektrische Gesamtwiderstand, den ein Stromkreis dem Wechselstrom entgegensetzt – verteilt dadurch einen Teil des Stroms auf die weniger ausgelastete Verbindung zwischen Innertkirchen und Bickigen im Emmental.

In der Schweiz treffen insbesondere während der Sommermonate hohe internationale Stromflüsse auf eine hohe Wasserkraftproduktion. Photovoltaikanlagen speisen dann große Strommengen in das europäische Netz ein, während Speicherseen im Berner Oberland und im Wallis für die Stromerzeugung genutzt werden. Dadurch kann die 220-kV-Leitung zwischen Innertkirchen und Mettlen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, wie Swissgrid erläutert.

Durch den SSSC verteilt sich die Belastung gleichmäßiger auf die vorhandene Netzinfrastruktur. Nach Angaben von Swissgrid entstehen dadurch zusätzliche Transportkapazitäten für den internationalen Stromhandel und die Einspeisung von Wasserkraft aus dem Berner Oberland und dem Wallis. Von der Technik erwartet sich der Übertragungsnetzbetreiber einer deutliche Verringerung der Kosten für Redispatch-Maßnahmen.

Stromfluss-Steuerung zwischen Slowenien und Österreich

SSSC-Systeme sind sie im Vergleich zu anderen FACTS-Technologien (Flexible AC Transmission Systems) bislang relativ selten. Für die Schweiz markiert die Anlagen in Innertkirchen die Premiere. Bereits seit 2014 gibt es in der spanische Gemeinde Torres del Segre ein solches System. Es basiert auf der VSC-Technologie (Voltage Source Converter) und besteht aus vier Umrichtern mit einer Leistung von jeweils 8 MVA. Jeder Umrichter verfügt über drei Spannungsebenen und basiert wiederum auf IGCTs (Integrated Gate-Commutated Thyristors). Gefragt ist die SSSC-Technologie auch andernorts in Europa.

Das slowenische „GreenSwitch“-Projekt zeigt, dass die Technologie auch für die grenzüberschreitende Netzsteuerung an Bedeutung gewinnt. Das Projekt umfasst modulare Static Synchronous Series Compensators (MSSSC). Die Anlagen sollen an der 220-kV-Schaltanlage Podlog, nahe der Stadt Stadt Velenje im Norden des Landes, an der 220-kV-Leitung Podlog–Obersielach steuern. Ziel ist es, die Stromflüsse zwischen Österreich und Slowenien besser zu regulieren und kritische Netzsituationen zu reduzieren. (mf) // VON MANFRED FISCHER

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN



Quelle: Shutterstock

Zukunft für kommunale Gasnetze vielerorts ungewiss

GASNETZ. Wie es mit den Gasnetzen weitergeht, ist vielerorts noch offen. Das gaben 38 Prozent der Stadtwerke und kommunalen Energieversorger an, die sich an einer Umfrage des VKU beteiligten.

Stilllegen, umrüsten oder mit Biomethan weiterbetreiben: Für ihre bestehenden Gasleitungen müssen kommunale Versorger langfristige Entscheidungen treffen. Wie unterschiedlich ihre Pläne ausfallen, zeigt eine Wärme-Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) mit Sitz in Berlin. Der Verband vertritt kommunale Unternehmen unter anderem aus der Energie- und Wasserversorgung.

Der VKU hatte zwischen dem 3. August und dem 1. September dieses Jahres insgesamt 757 Stadtwerke und kommunale Energieversorger angeschrieben. 225 Unternehmen beteiligten sich, die Rücklaufquote lag bei 29,7 Prozent. Ob die Umfrage repräsentativ ist, lässt sich nicht beurteilen. Der Verband macht keine Angaben dazu, ob die Teilnehmer die Stadtwerke in Deutschland hinsichtlich Unternehmensgröße, regionaler Verteilung und Gasnetzstruktur angemessen abbilden.

Stilllegung oder Weiterbetrieb

Bei 38 Prozent der befragten Unternehmen steht noch nicht fest, was mit ihrem Gasnetz geschehen soll. 13 Prozent wollen ihr Gasnetz vollständig stilllegen. Weitere 8 Prozent planen, es grundsätzlich auf grüne Gase umzustellen oder mit diesen weiterzubetreiben. Dabei entfallen 7 Prozent auf eine Weiternutzung vor allem mit Biomethan und 1 Prozent auf eine Umrüstung auf grüne Gase wie Wasserstoff.

Ein Viertel der Unternehmen verfolgt einen anderen Weg: Sie wollen einzelne Leitungsabschnitte stilllegen und andere erhalten oder umrüsten. Bei 14 Prozent der Teilnehmer sollen dabei vor allem mittelständische Betriebe über das Gasnetz mit Biomethan oder Wasserstoff versorgt werden. 9 Prozent planen solche Lösungen mit Biomethan für Privathaushalte. Nur 2 Prozent sehen Wasserstoff für die Wärmeversorgung von Privathaushalten vor. Weitere 14 Prozent der Befragten verfügen über kein Gasnetz.

Im vergangenen Jahr hatten laut VKU noch 46 Prozent der Befragten angegeben, dass die Zukunft ihres Gasnetzes offen sei. Ein direkter Vergleich mit den aktuellen 38 Prozent ist allerdings nicht möglich. Der Verband hat die Antwortmöglichkeiten verändert.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Bei der künftigen Wärmeversorgung zeichnet sich ein deutlicheres Bild ab. 50 Prozent der befragten Unternehmen rechnen in ihrem Versorgungsgebiet mit einer Mischung, bei der Fernwärme und Wärmepumpen im Mittelpunkt stehen. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. 37 Prozent erwarten, dass Strom beziehungsweise Wärmepumpen die zentrale Rolle spielen. 15 Prozent nennen vor allem Nah- und Fernwärme, 4 Prozent hauptsächlich grüne Gase. Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich.

Deutschland will bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden. Damit müssen kommunale Versorger ihre Wärmeversorgung zunehmend auf Alternativen zum Erdgas ausrichten.

VKU fordert verlässliche Vorgaben

„Die Unsicherheit der Stadtwerke nimmt im Vergleich zum Vorjahr zwar ab, bleibt jedoch im Grundsatz bestehen“, sagt VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. Vor allem fehlende gesetzliche Vorgaben erschwerten langfristige Investitionsentscheidungen. Der Verband fordert deshalb eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), die einen rechtlichen Rahmen für die Stilllegung von Gasleitungen schaffen soll. Zudem verlangt der VKU eine Biomethanstrategie, um das Angebot an grünen Gasen schrittweise zu erhöhen. Dazu sollen auch zusätzliche Importmöglichkeiten beitragen. Für den Ausbau der Fernwärme fordert der Verband ein Wärmenetzgesetz sowie die Verlängerung und Reform des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG).

Liebing verweist zudem darauf, dass grüne Gase bislang nur begrenzt verfügbar sind. Neben Privathaushalten benötigen auch Industrie, Mittelstand und Verkehr diese Energieträger. (ds)

// VON DAVINA SPOHN

Zum Inhalt

WERBUNG



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

186 Unternehmen fordern Kurskorrektur beim Klimaschutz



Das Bundeskanzleramt in Berlin. Quelle: Fotolia / kav777

POLITIK. Die Unternehmen fordern von der Bundesregierung mehr Planungssicherheit für die Energiewende. Sie kritisieren geplante Änderungen an Energiegesetzen.

Zahlreiche Unternehmen fordern von der Bundesregierung verlässliche Rahmenbedingungen für die Energiewende. Sie warnen vor negativen Folgen der geplanten Änderungen bei der Förderung erneuerbarer Energien und beim Netzanschluss. Das teilten die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) in einer Pressemitteilung vom 9. November mit.

Inzwischen unterstützen 186 Unternehmen den Appell „Klimaschutz ist Standortpolitik“, den die EWS, Naturstrom, Green Planet Energy und die Bürgerwerke initiiert haben. Die Zahl der Unterzeichner habe sich damit seit dem Start der Initiative am 9. Oktober mehr als versechsfacht, so die EWS weiter. Die Unternehmen forderten Planungssicherheit für Investitionen in erneuerbare Energien und klimafreundliche Technologien.

Der Appell richtet sich an die Bundesregierung und die Mitglieder des Bundestages. Anlass sind die anstehenden Entscheidungen über den Bundeshaushalt 2027 sowie die geplanten Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und bei den Netzanschlussregeln (wir berichteten). Die Unternehmen befürchten, dass neue Beschränkungen und zusätzliche Kosten Investitionen in Wind- und Solarparks erschweren könnten.

Kritik üben die Unterzeichner auch an der geplanten Verwendung von Mitteln des Klima- und Transformationsfonds für den allgemeinen Bundeshaushalt. Zudem lehnen sie ein Einfrieren des nationalen CO2-Preiskorridors für 2027 ab.

Branchenübergreifende Unterstützung

Naturstrom-Vorstandschef Oliver Hummel sieht insbesondere die geplanten Änderungen beim Netzanschluss kritisch: „Unvorhersehbare Anschlussbeschränkungen, zusätzliche Kostenelemente und schwerfällige wie analoge Prozesse bremsen genau die Wirtschaftsaktivitäten aus, die für den Ausstieg aus den fossilen Energien benötigt werden.“

Konkret verlangen die Unterzeichner einen verlässlichen CO2-Preispfad, dessen Einnahmen an Haushalte und Unternehmen zurückfließen sollen. Der Klima- und Transformationsfonds müsse weiterhin gezielt Investitionen finanzieren. Außerdem fordern sie einen beschleunigten Netzausbau und verlässliche Anschlussbedingungen für erneuerbare Energien. Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz sollen zudem als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert werden.

Unterstützung erhält der Appell nicht nur aus der Energiewirtschaft. Auch Unternehmen aus Maschinenbau, Handwerk, Landwirtschaft und Finanzwirtschaft haben unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern außerhalb der Energiewirtschaft zählen unter anderem der Outdoor-Ausrüster Vaude, die GLS Bank, Jacques’ Wein-Depot, der Onlinehändler Bergzeit und die Brauerei Neumarkter Lammsbräu.

Der Appell wurde bereits am 8. Oktober beim Wirtschaftsausschuss des Bundestages eingereicht. Mit Blick auf die Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt am 12. November und die Beratungen über die Energiegesetze wollen die Initiatoren den politischen Druck erhöhen.

Ein Liste der Unterzeichner ist auf der EWS-Kampagnenseite zu finden. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Diesen Artikel können Sie teilen:

Zum Inhalt

Neue Vorständin für Stadtwerke Düsseldorf



Quelle: Shutterstock / Jirsak

PERSONALIE. Giordana Sperling-Doppstadt wird neue Vorständin und Arbeitsdirektorin bei den Stadtwerken Düsseldorf. Sie kommt von der Duisburger Hafen AG und folgt auf Charlotte Beissel.

Bei den Stadtwerken Düsseldorf gibt es eine neue Vorständin und Arbeitsdirektorin: Giordana Sperling-Doppstadt tritt das Amt zum 1. Januar 2027 an, teilte der Versorger mit. Sie bildet dann gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Julien Mounier und Finanzvorstand Jan Huth den Vorstand des Unternehmens. Giordana Sperling-Doppstadt übernimmt die Bereiche Personal, Vertrieb Commodity, Kundenmanagement sowie Energiedienstleistungen & Mobilität.

Sperling-Doppstadt folgt in dieser Position auf Charlotte Beissel. Der EnBW-Aufsichtsrat hatte Charlotte Beissel mit Wirkung zum 1. Juli in den Vorstand berufen (wir bericheten). Die Juristin übernahm dort zum 1. September bei EnBW die Bereiche Personal, Recht & Compliance sowie Corporate Real Estate.

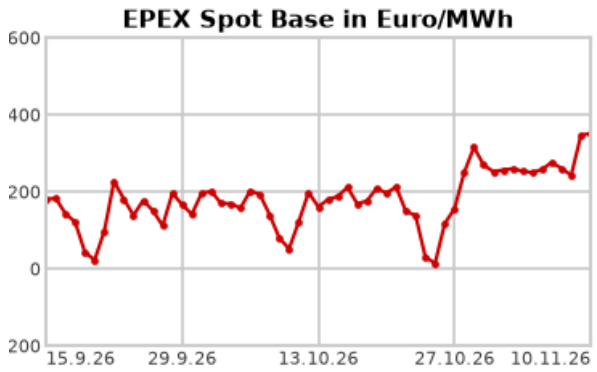
Giordana Sperling-Doppstadt ist derzeit noch Mitglied des Vorstands der Duisburger Hafen AG. Dort verantwortet sie seit Anfang 2025 unter anderem die Bereiche Personal, Einkauf, Informationstechnik, Recht und Versicherungen, Marketing, Rechnungswesen sowie Prozessmanagement. Zuvor war sie über einige Jahre in unterschiedlichen Funktionen bei RWE tätig, unter anderem als Director HR bei RWE Offshore Wind. (hr) // VON HEIDI ROIDER

Zum Inhalt

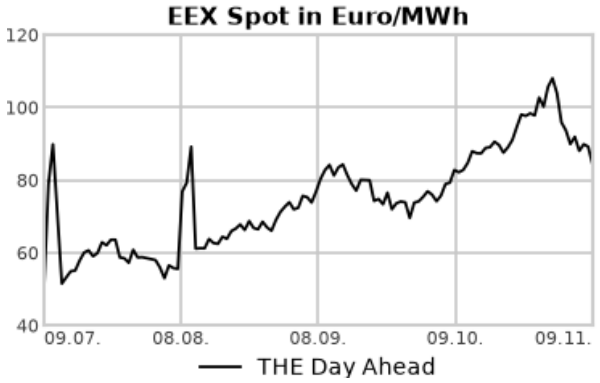
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Mehr Wind in Sicht drückt Strompreise



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Überwiegend schwächer haben sich die Energiemärkte zum Wochenauftakt präsentiert. Der deutsche Strommarkt zeigte sich zwar auf einem sehr hohen Niveau, gab aber infolge eines erwarteten raschen Endes der derzeitigen Dunkelflaute und niedrigerer Gaspreise kräftig ab. Gas verlor ebenso wie Öl an Boden, weil von der US-Regierung Entspannungssignale im Irankrieg ausgegangen waren. Über die Haltbarkeitsdauer dieser Äußerungen kann allerdings nur spekuliert werden.

Ebenfalls sehr spekulativ sind Wetterprognosen, die ab Mitte November für Mitteleuropa von einer Westwetterlage mit viel Wind und allenfalls mäßiger Kälte ausgehen. Das klassische Spätherstwetter könne dafür sorgen, dass die Preise für Strom und Gas nicht in den Himmel wachsen.

Strom: Überwiegend schwächer hat sich der deutsche OTC-Strommarkt zum Start in die neue Woche gezeigt. Der Dienstag wurde allerdings mit sehr festen 351,75 Euro je Megawattstunde im Base und 417,25 Euro je Megawattstunde im Peak gehandelt. An der Börse wurde der Base mit 351,48 Euro und der Peak mit 416,86 Euro gesehen. Am Freitag war der Montag selbst mit 377,00 Euro je Megawattstunde gehandelt worden. Der Börsenpreis im Base ist der höchste seit Ende 2024.

Ausschlaggebend für die sehr festen Notierungen im Day-Ahead ist neben den teuren Primärenergieträgern Gas und Kohle eine Dunkelflaute, die noch bis Mittwoch anhalten soll. Für den Dienstag erwarten die Meteorologen von Eurowind nur 5,4 Gigawatt an Beiträgen von Wind und Solar im Base. Ab Donnerstag/Freitag und für die nächste Woche ist eine deutlich höhere Erneuerbaren-Einspeiseleistung zu erwarten, was zu einem kräftigen Rückgang beim Preis für die Week-Ahead geführt hat.

„Auf etwas längere Sicht könnte sich für Deutschland im November eine West-Südwestwetterlage ergeben“, so ein Händler. „Dies würde bedeuten, dass wir Wind und Nässe bekämen und nicht allzu viel Kälte. Dies hätte einen bearishen Effekt auf die Preise, allerdings sind die Prognosen sehr unsicher.“

Am langen Ende verlor das Cal 27 bis zum Nachmittag um 3,02 auf 141,92 Euro je Megawattstunde.

CO2: Die CO2-Preise haben sich am Montag etwas fester gezeigt. Der Dec 26 gewann bis gegen 13.45 Uhr 0,25 auf 86,80 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 14,2 Millionen Zertifikate. Das

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Hoch lag bei 87,46 Euro, das Tief bei 86,48 Euro. Marktbeobachter erwarten für die laufende Woche Notierungen in der überkommenen Bandbreite.

Das Auktionsangebot am europäischen CO2-Markt steigt in dieser Woche von 9,92 Millionen auf 11,87 Millionen Emissionsberechtigungen (EUA), was die Preise etwas belasten dürfte. Andererseits befinden sich die Clean-Dark-Spreads weiter deutlich oberhalb der Clean-Spark-Spreads. Ein Schluss unterhalb von 86,25 Euro könnte beim Dec 26 den Weg zur nächsten Unterstützung bei 83,97 Euro freimachen. Widerstand findet sich bei 91,29 Euro.

Erdgas: Schwächer haben sich die Gaspreise am Montag gezeigt. Der richtungsweisende Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.50 Uhr 1,658 auf 83,930 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE sank der Day-Ahead um 2,330 auf 84,520 Euro je Megawattstunde.

Damit setzen die Notierungen ihre Abwärtsbewegung von vergangener Woche fort. US-Präsident Trump hatte am Wochenende von Fortschritten bei den Verhandlungen mit Iran gesprochen und eine Eskalation des Konflikts zunächst als wenig wahrscheinlich bezeichnet, was die Notierungen nach unten zog.

Für die kommenden Tage sagen die Wettermodelle keine Kältewelle für Deutschland voraus. Bis Mitte November soll eine ruhigere Hochdrucklage mit mäßig milden Temperaturen dominieren. Erst ab dem kommenden Wochenende dürfte es laut einigen Modellen von Norden her kühler werden, andere Prognosen erwarten eine ausgesprochene Westwetterlage. Unterdessen belaufen sich die Exporte aus Norwegen für den Berichtstag auf starke 337,8 Millionen Kubikmeter. (cdg) // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

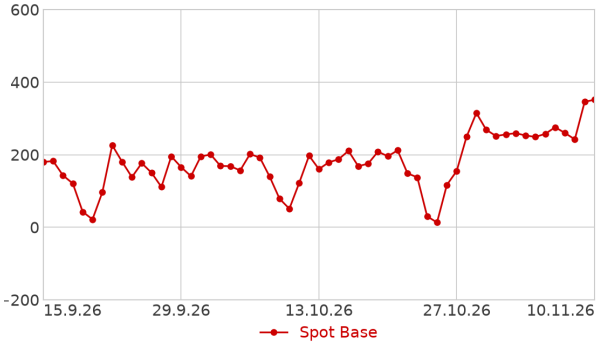
^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

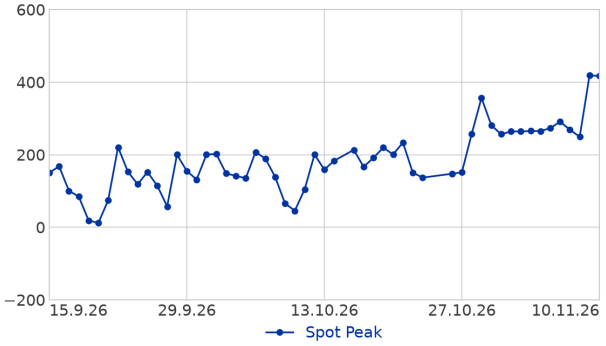
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

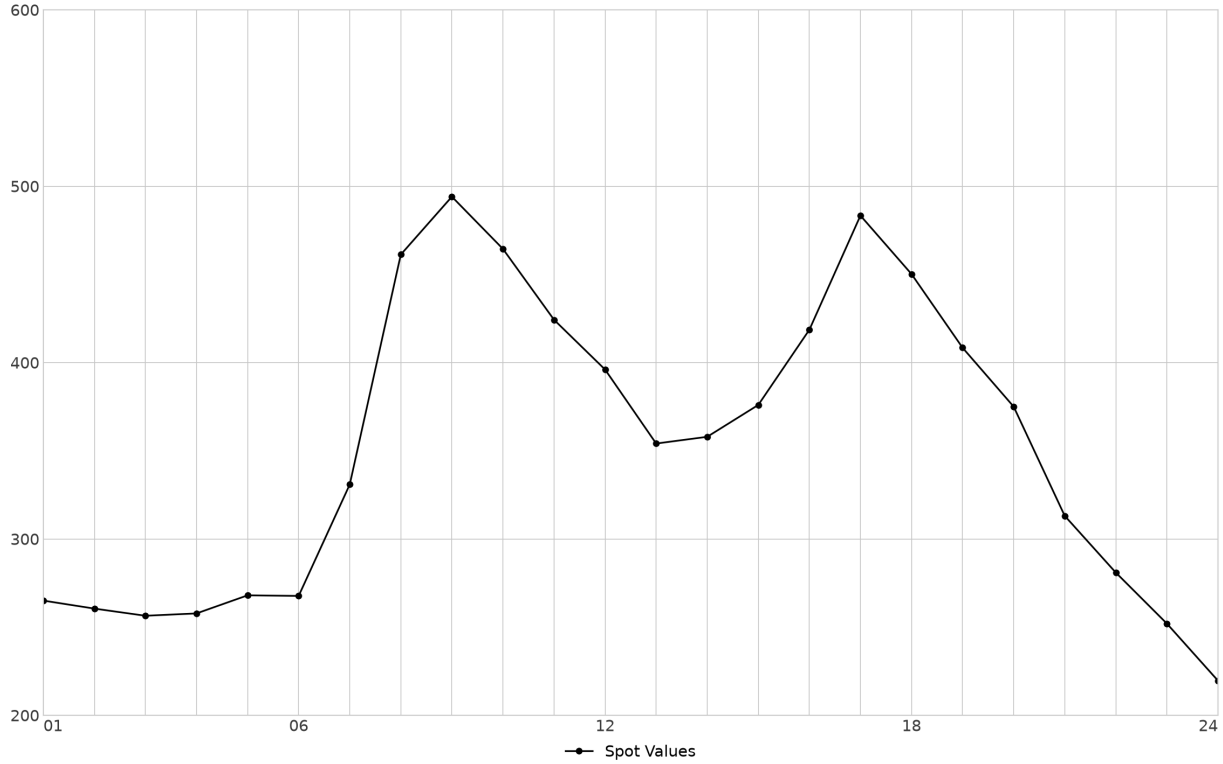
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Strom Terminmarkt

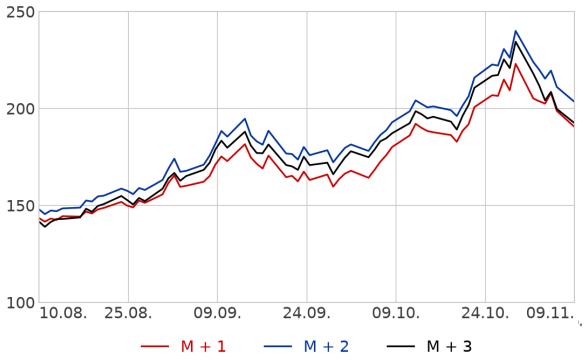
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	09.11.26	German Power Dec-2026	190,48
M2	09.11.26	German Power Jan-2027	203,38
M3	09.11.26	German Power Feb-2027	192,45
Q1	09.11.26	German Power Q1-2027	180,62
Q2	09.11.26	German Power Q2-2027	117,61
Q3	09.11.26	German Power Q3-2027	127,56
Y1	09.11.26	German Power Cal-2027	141,54
Y2	09.11.26	German Power Cal-2028	103,42
Y3	09.11.26	German Power Cal-2029	90,03

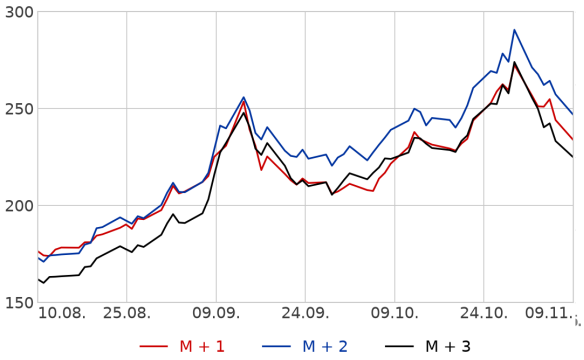
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	09.11.26	German Power Dec-2026	233,76
M2	09.11.26	German Power Jan-2027	246,75
M3	09.11.26	German Power Feb-2027	224,84
Q1	09.11.26	German Power Q1-2027	206,03
Q2	09.11.26	German Power Q2-2027	97,07
Q3	09.11.26	German Power Q3-2027	117,00
Y1	09.11.26	German Power Cal-2027	148,99
Y2	09.11.26	German Power Cal-2028	113,40
Y3	09.11.26	German Power Cal-2029	99,43

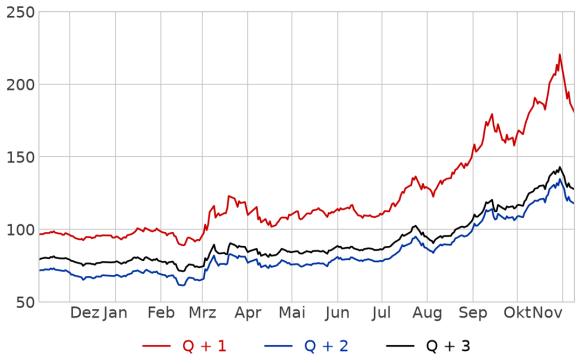
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



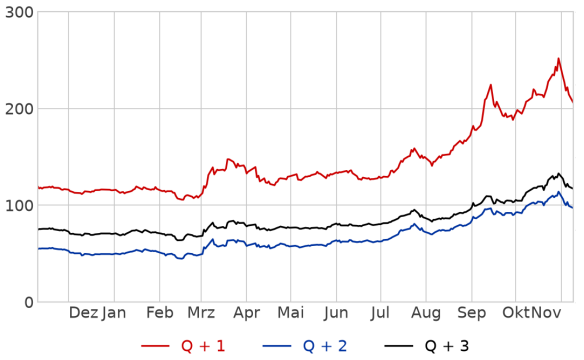
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



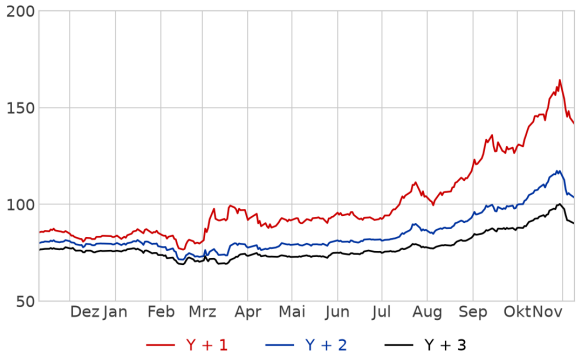
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



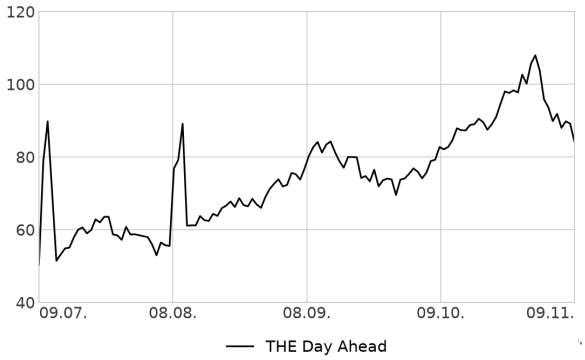
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Gas Spot- und Terminmarkt

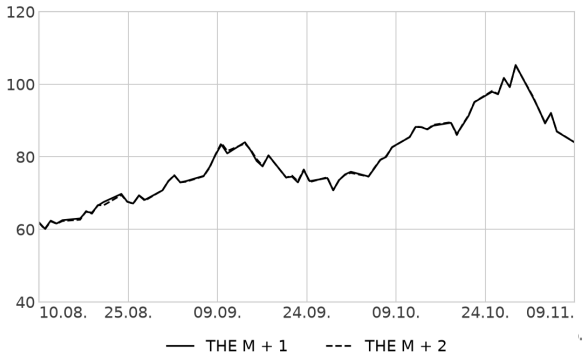
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	09.11.26	German THE Gas Dec-2026	83,99
M2	09.11.26	German THE Gas Jan-2027	84,00
Q1	09.11.26	German THE Gas Q1-2027	82,50
Q2	09.11.26	German THE Gas Q2-2027	66,70
S1	09.11.26	German THE Gas Sum-2027	64,88
S2	06.11.26	German THE Gas Win-2027	62,32
Y1	09.11.26	German THE Gas Cal-2027	68,52
Y2	09.11.26	German THE Gas Cal-2028	43,64

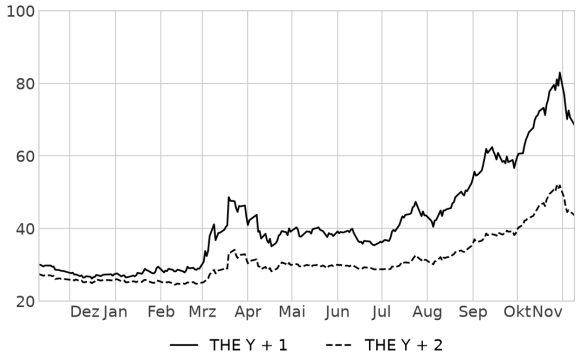
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



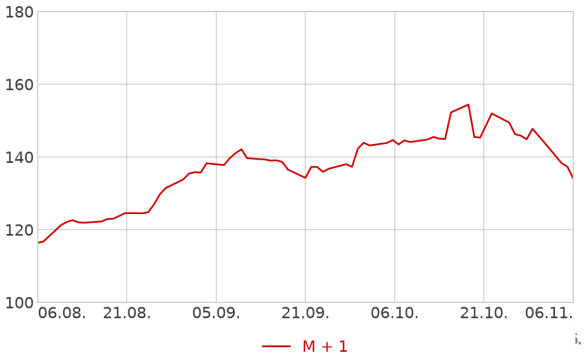
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	09.11.26	351,48	EUR/MWh
Germany Spot peak	09.11.26	416,86	EUR/MWh
EUA Dezember 2026	09.11.26	87,65	EUR/tonne
Coal API2 Dezember 2026	06.11.26	134,05	USD/tonne

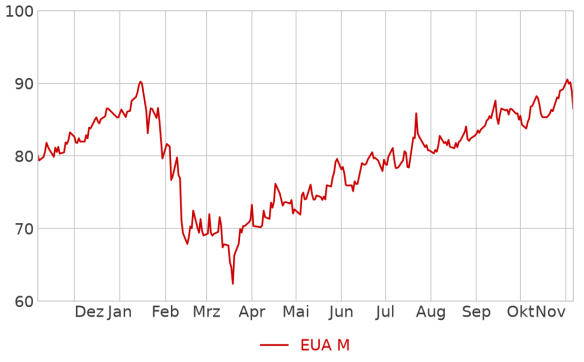
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	09.11.26	84,11	EUR/MWh
German THE Gas Dec-2026	09.11.26	83,99	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2027	09.11.26	68,52	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jan-2027	09.11.26	92,57	USD/bbl

EUA in Euro/t (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

E&M STELLENANZEIGEN

Professur W 2 Gebäudeenergiesysteme und -automation

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die das Fachgebiet in Lehre, angewandter Forschung und Entwicklu...

in Amberg

05.11.2026

Festanstellung

Elektromeisterin für die Arbeitsplanung im Netzbetrieb (a*)

Was du bewegst Das Planen, Koordinieren und Beauftragen von Bau- und Instandhaltungsarbeiten ge...

in Hamburg (+1 weiterer Standort)

vor 5 h

Weiterbildung

Gasspürer M/W/D

Job DescriptionDie SPIE Gastechnischer Service GmbH, Teil von SPIE Deutschland & Zentraleuropa, is...

in Erfurt

vor 6 h

Festanstellung / Ausbildung / Freie Mitarbeit Weiterbildung

Landschaftsbau / Gärtner für Garten- und Friedhofspflege m/w/d

Wir suchen Landschaftsgärtner für unser bestehendes Team. Wir sind ein Familienbetrieb der seit übe...

in Bietigheim-Bissingen (+1 weiterer Standort)

vor 6 h

Minijob Essenszulage / Flexible Arbeitszeit / Parkplatz

Geriatrie Pflege Aktivierung mit Biografiearbeit (m/w/d)

Starten Sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet in Teilzeit (19,25 Std/Wo). Die Akutgeriatrie in ...

in Bad Kreuznach

vor 6 h

Festanstellung / Ausbildung Weiterbildung

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting

Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung

Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung

Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:
Volker Stephan
Manfred Fischer
Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Über E&M
E&M Anzeigen-Vertrieb
E&M Mediadaten
E&M Zeitung
E&M Termine
E&M Shop
E&M Firmendatenbank
E&M Glossar

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: